Paul W. Giebeler
Fraktionsvorsitzender DU/FWO
Am Bleichplatz 9
51545 Waldbröl
Deutschland

DU/FWO Fraktion im Kreistag des OBK
Paul W. Giebeler, Am Bleichplatz 9, 51545 Waldbröl

Waldbröl, den 24.03.2012

An den
Landrat des Oberbergischen Kreises
Herrn Hagen Jobi
Kreishaus - Moltkestraße 42

51643 Gummersbach

Antrag zur Finanzausschusssitzung am 01.03.2012, zum Kreisausschuss am 08.03.2012 und zur Kreistagssitzung am 22.03.2012

Sehr geehrter Landrat,

die Landesregierung hat die Kürzung des Landeszuschusses für die U3-Betreuung beschlossen. Der Oberbergische Kreis und seine Kommunen tragen die Mehrkosten. Viele Träger haben ihre Ausbauplanung auf der Grundlage der bisherigen Fördersummen ausgerichtet. Zum jetzigen Zeitpunkt werden erhebliche Finanzierungsprobleme entstehen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Landesregierung diese Minderung der Förderung bisher überhaupt nicht transparent gemacht hat. Diese Veränderung der Finanzierungsgrundlagen führt in manchen Kommunen schon jetzt zu Überlegungen den Ausbau nicht durchführen zu können. Aus diesem Grund beantragt die DU/FWO Fraktion folgender Resolution zur gekürzten Landesförderung des U3-Ausbaus von Betreuungsplätzen in Kindergärten in den oben genannten Gremien zuzustimmen.

Resolution

Wir erwarten von der Landesregierung bei der Absenkung von Leistungszuweisungen und neuen Gesetzen mit zusätzlicher Kostenbelastung die Einhaltung der gesetzlichen Vorgabe, die Kreise und Kommunen finanziell und sachlich so auszustatten, dass diese die gesetzlich übertragenen Aufgaben ohne materiellen Nachteil durchführen können, einzuhalten. Zu den Leistungen zählen neben dem Ausbau der Kinderbetreuung U3 auch die Durchführung der Kinderbetreuung, der Aufwand für die Heranziehung der Elternbeiträge und der Aufwand der Vorfinanzierung bis Eingang der Beiträge.

Begründung:

Die Landesregierung reicht die Kosten für die Kinderbetreuung weiter an den Kreis. Die Landesregierung will ihren Beitrag dazu in einer festen Summe festlegen ohne die tatsächlichen Mehrkosten berechnet zu haben oder den tatsächlichen Mehraufwand der Kreise und Kommunen zu berücksichtigen. In der Vergangenheit sind schon viele Aufgaben übertragen worden ohne die tatsächlichen Mehrkosten zu erstatten. Deshalb möchten wir bei jedem neuen Gesetz einen angemessenen Ausgleich nach dem Konnexitätsprinzip für unseren Kreis und unseren Kommunen gewährleistet haben.

Wir erwarten von Bund und Land, dass die Kreise, Städte und Gemeinden an den Steuern gerecht zu beteiligen sind, damit diese ihre zugeordneten Aufgaben erfüllen können. Wir erinnern an eine Studie der Bertelsmannstiftung, die sogar die Gefahr eines finanziellen Ruins der hiesigen Kommunen in NRW-Land sieht und von der wirtschaftlichen "Entkopplung ganzer Regionen" spricht (Bertelsmann-Stiftung: Kommunaler Finanz- und Schuldenreport Nordrhein-Westfalen, Gütersloh, März 2010). Das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW) entwickelt sich immer mehr zum Problemfall. Die Städte und Gemeinden in NRW sind mit ca. 16 Milliarden Euro an Kassenkrediten belastet (das sind fast 50% aller Kassenkredite in Deutschland!).

Die DU/FWO wünscht sich die uneingeschränkte Unterstützung der Vertreter im Landtag und bittet nach Zustimmung der Resolution, diese mit Begründung an die Landesregierung weiterzuleiten.

Paul W. Giebeler
Fraktionsvorsitzender DU/FWO Fraktion
im OBK